

■ RÜCKGANG DER BAUPRODUKTION VERSTÄRKT KONJUNKTURABSCHWUNG

Der Einfluss der internationalen Konjunkturabschwächung auf Exporte und Investitionen wird in Österreich durch den Rückgang der Bauproduktion verschärft: Die Bauumsätze blieben im April und Mai real um rund 8% unter dem Vorjahresniveau.

Die heimische Sachgüterproduktion hielt bis zum Frühjahr der internationalen Konjunkturabschwächung stand, seither ist sie davon deutlich in Mitleidenschaft gezogen. Im II. Quartal stagnierte der Produktionsindex auf dem Vorjahresniveau (nach +6% im I. Quartal). Exporte und Investitionen haben ihre Dynamik verloren.

In der Bauwirtschaft ist die Konjunkturlage jedoch wesentlich ungünstiger als in der Sachgüterproduktion. Im Zeitraum April/Mai sank der Produktionswert des Hoch- und Tiefbaus im Vorjahresvergleich nominell um 6½%, real um etwa 8%. Besonders dramatisch war die Entwicklung im Wohnungs- und Siedlungsbau (-14½%), auch im Tiefbau gingen die Umsätze zurück. Die Arbeitsmarktdaten bestätigen die ausgeprägte Abwärtstendenz der Baukonjunktur: Im II. Quartal wurden um 14.000 Arbeitskräfte weniger in der Bauwirtschaft beschäftigt als im Vorjahr, die Arbeitslosigkeit stieg (+3.000).

Die vorauseilenden Stimmungsindikatoren lassen noch keine Hoffnung auf eine Wende aufkommen. Das Vertrauen der Industrie in die Wirtschaftsentwicklung hat sich im III. Quartal weiter verschlechtert. Zum fünften Mal in Folge weisen die WIFO-Konjunkturmfragen damit abwärts. Eingebrochen ist die Stimmung in der Bauwirtschaft.

Für den Export ergaben sich von Jänner bis April noch überraschend hohe Vorjahreszuwächse (+10%). Im Mai blieb die Ausfuhr jedoch unter dem Vorjahreswert. Dies geht konform mit der Abkühlung der internationalen Konjunktur und der pessimistischeren Beurteilung der Exportaufträge.

Der Tourismus zählt derzeit zu den Stützen der Konjunktur. Die Sommersaison hat erfreulich begonnen, die Umsätze stiegen im Zeitraum Mai bis Juli gegenüber dem Vorjahr um 5,2%. Die positive Reiseverkehrsbilanz trug wesentlich zur Verbesserung der Leistungsbilanz bei.

Die Kauflust der Konsumenten war im I. Quartal noch ausgeprägt, im II. Quartal aber gedämpft. Die realen Einzelhandelsumsätze schwächten sich ab, und

Der Konjunkturbericht entsteht
jeweils in Zusammenarbeit aller
Mitarbeiter des WIFO.

die Kfz-Neuzulassungen gingen zurück. Darüber hinaus litt der Großhandel unter dem Nachlassen der Export- und Investitionsdynamik. Die Expansion der Beschäftigung und der Rückgang der Arbeitslosigkeit im Handel deuten jedoch auf eine relativ stabile Situation in dieser Branche bis zur Jahresmitte hin.

Die Arbeitsmarktlage zeigt bereits merkliche Spuren der Konjunktüreintrübung. Der Vorjahresabstand der Beschäftigung (ohne Bezieher von Karenzgeld und Präsenzdiener) betrug im August nur noch +0,4%, die Zahl der Arbeitslosen stieg um 15.300. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote (laut AMS) erreicht bereits die 6%-Marke. 16.700 Arbeitnehmer waren im 1. Halbjahr von Insolvenzen betroffen, um gut 50% mehr als vor einem Jahr.

STARKE ABKÜHLUNG DER INTERNATIONALEN KONJUNKTUR

Die Weltkonjunktur hat sich seit dem Sommer 2000 deutlich abgeschwächt. Die Überinvestitionen im Laufe des Aufschwungs, die massive Erdölverteuerung und die darauffolgende Straffung der Geldpolitik in den USA hatten eine beträchtliche Verlangsamung des Wirtschaftswachstums in den Industrieländern zur Folge.

Besonders markant war der Konjunktüreintruch in den USA. Im II. Quartal 2001 stagnierte das reale BIP gegenüber dem Vorquartal (+1,2% gegenüber dem Vorjahr). Der Ausfall an Investitionen wurde durch einen relativ stabilen privaten Konsum teilweise ausgeglichen. Aktuelle Daten von Ende August zeigen aber, dass das Vertrauen der Konsumenten in die Wirtschaft der USA schwindet. Dazu könnte auch die anhaltende Schwäche der Aktienkurse beitragen.

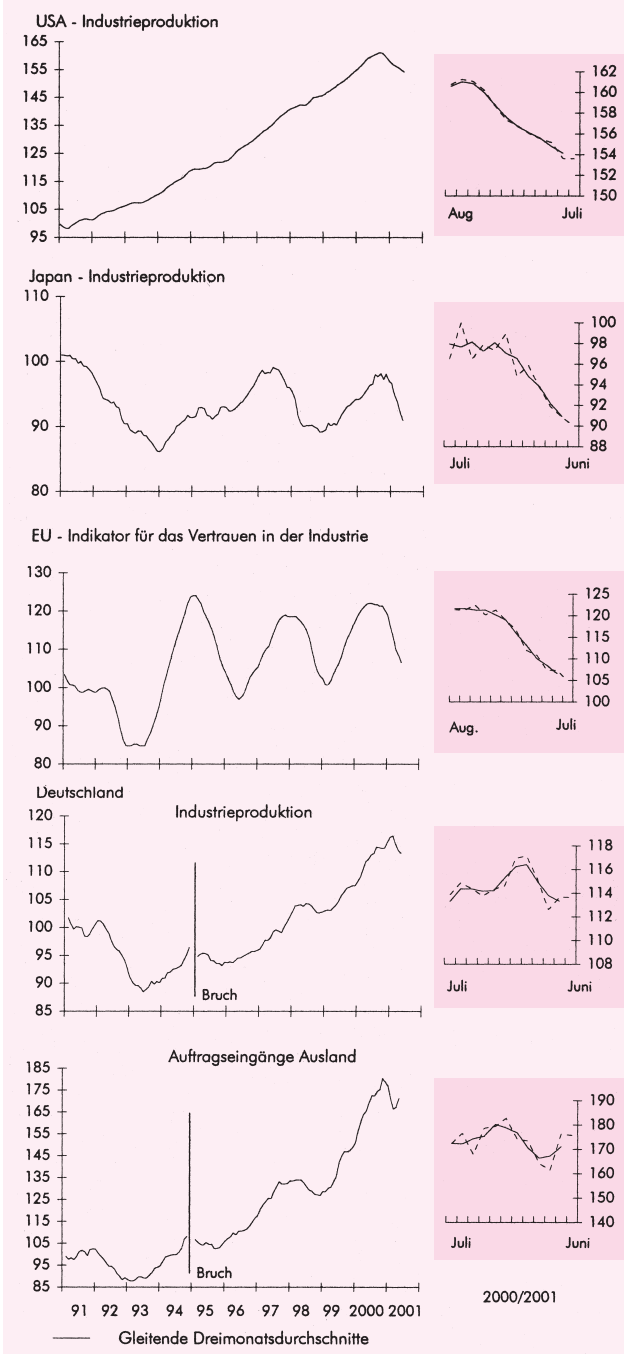
Im Entwurf zu seinem jüngsten Economic Outlook prognostiziert der IWF für die USA ein Wirtschaftswachstum von 1,5% in diesem Jahr und 2,5% im nächsten. Das entspricht exakt der WIFO-Prognose vom Juni 2001. Ein wesentlich pessimistischeres Szenario wird jedoch durchaus für möglich gehalten. Der IWF warnt vor der signifikanten Gefahr einer globalen Rezession ähnlich wie Anfang der achtziger und Anfang der neunziger Jahre. In den großen Industrieländern befindet sich die Sachgüterindustrie bereits in einer Rezession, das reale BIP stagniert.

Die japanische Wirtschaft ist am stärksten betroffen. Sie leidet insbesondere unter dem überhöhten Yen-Kurs und der anhaltenden Krise des Finanz- und Bankensektors aufgrund eines erheblichen Volumens an uneinbringlichen Schulden.

Die europäische Wirtschaft kann sich weniger als erhofft von der Entwicklung der Weltwirtschaft abkoppeln, weil die Binnennachfrage zu schwach ist. Im April und Mai stagnierte die Industrieproduktion auf dem Vorjahresniveau. Das sinkende Vertrauen in die Wirtschaft lässt eine weitere Abkühlung erwarten.

Internationale Konjunktur

Saisonbereinigt, 1991 = 100



Gemäß dem Eurogrowth-Indikator von Euroframe, der reale und Finanzindikatoren kombiniert, ist mit einer Verlangsamung des Wirtschaftswachstums im Euro-Raum auf etwa 2% im II. und 1,5% im III. Quartal zu rechnen.

STILLSTAND DES WACHSTUMS, ABER HOFFNUNGEN IN DEUTSCHLAND

In Deutschland ist das Wirtschaftswachstum im II. Quartal zum Stillstand gekommen. Das reale BIP stagnierte gegenüber dem Vorquartal, im Vergleich zum Vorjahr

stieg es um ½%. Nach Ansicht der Deutschen Bundesbank (Monatsbericht vom August) befindet sich die deutsche Wirtschaft jedoch nicht auf dem Weg in eine Rezession. Die meisten Wirtschaftsforschungsinstitute haben ihre Wachstumsprognosen für Deutschland im Jahr 2001 auf 1% bis höchstens 1,5% zurückgenommen. Das WIFO hat bereits im Juni 2001 +1,3% für Deutschland prognostiziert.

In dieser eher düsteren Konjunkturlandschaft lassen aber einige Vorlaufindikatoren auf eine Stabilisierung in Deutschland hoffen. Der ZEW-Finanzindikator, der gewöhnlich relativ früh auf eine Konjunkturwende hindeutet, drehte im August erstmals seit Dezember 2000 in den positiven Bereich. Der ifo-Geschäftsklimaindex wies im Juli geringfügig aufwärts, der Handelsblatt-Frühindikator ebenfalls.

ZINSENKUNG IM EURO-RAUM

Der EZB-Rat hat in seiner Sitzung vom 30. August die Leitzinsen um 0,25 Prozentpunkte gesenkt. Er begründete dies mit einer Verringerung der Inflationsrisiken: Der Preisauftrieb verlangsamte sich im Euro-Raum von 3,4% im Mai auf 2,8% im Juli; der Anstieg der Fleischpreise infolge der BSE-Krise und die Überwälzung der hohen Energiekosten (indirekte Effekte) verhindern einen zügigeren Rückgang.

Die Finanzmärkte waren von der Zinssenkung nicht überrascht, da die Inflationsrate in der Euro-Zone sinkende Tendenz aufweist und der Konjunkturabschwung die Inflationserwartungen weiter drückt. Solche kleine Zinssenkungsschritte werden freilich keine rasche Konjunkturbelebung bewirken. Als psychologisches Signal können sie jedoch gewissen Einfluss auf die Stimmung und die Börsen haben. Die Wirtschaftspolitik reagiert in der EU viel zurückhaltender auf die Konjunkturabschwächung als in den USA. Die Notenbank der USA hat aus Sorge um die Wirtschaftsentwicklung bereits siebenmal die Zinssätze gesenkt (um etwa 3 Prozentpunkte), und die Regierung beschloss Steuererleichterungen, die seit Juli wirken.

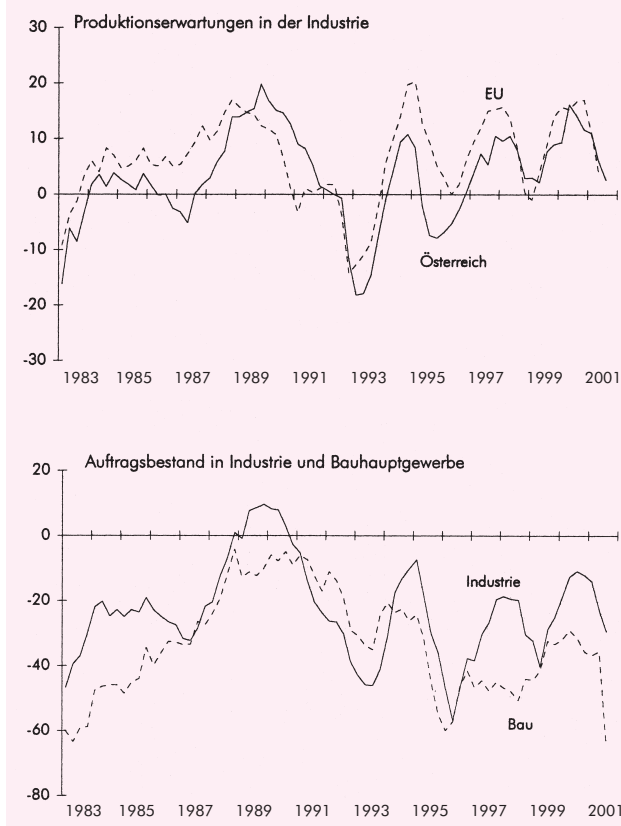
PESSIMISMUS IN DEN KONJUNKTUR-UMFRAGEN

Die Stimmung der Wirtschaft verschlechtert sich weiter. Der Vertrauensindikator der Sachgüterproduzenten, der monatlich von der EU-Kommission berechnet wird, gab im Juli europaweit neuerlich nach und liegt nun bereits seit drei Monaten unter dem langjährigen Durchschnitt. Im Einklang mit der europäischen Entwicklung hat sich der Vertrauensindikator in Österreich ebenfalls verschlechtert. Auch die Ergebnisse des jüngsten WIFO-Konjunkturtests vom August zeigen weiter abwärts.

In der heimischen Bauwirtschaft hat sich die Einschätzung der Auftragsbestände in den letzten Monaten mas-

Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests

Salden aus positiven und negativen Meldungen in % der befragten Unternehmen, saisonbereinigt



siv verschlechtert. Das gilt für den Hoch- und Tiefbau und ebenso für die Beschäftigungserwartungen in der Bauwirtschaft.

SACHGÜTERPRODUKTION STAGNIERT IM FRÜHJAHR

Hatten Sachgüterproduktion und Export im I. Quartal der internationalen Konjunkturabschwächung noch standgehalten, so sind sie seit dem Frühjahr davon betroffen. Nach Berechnungen von Statistik Austria stagnierte der arbeitstägig bereinigte Produktionsindex der Sachgütererzeugung im II. Quartal gegenüber dem Vorjahr (-0,2%, nach +6,1% im I. Quartal). Die Erzeugung von Vorprodukten und dauerhaften Konsumgütern ging spürbar zurück, die Kfz-Zulieferungen stagnierten. Im April und Mai wurde die Produktion von Investitionsgütern besonders stark eingeschränkt, dies wurde jedoch im Juni offenbar durch eine Großlieferung kompensiert. Eine Zunahme ergab sich im II. Quartal für die Erzeugung von nichtdauerhaften Konsumgütern.

Die Produktionsdaten zeigen also im II. Quartal erstmals eine markante Konjunkturabschwächung, worauf die Stimmungsindikatoren im WIFO-Konjunkturtest schon längere Zeit hindeuteten.

EINBRUCH DER BAUPRODUKTION

Während die Sachgütererzeugung im II. Quartal noch nicht zurückging, verzeichnete die Bauwirtschaft einen Einbruch. In den Monaten April und Mai sank der Produktionswert im Hoch- und Tiefbau um 6½%. Besonders ungünstig war die Entwicklung im Wohnungs- und Siedlungsbau (-14½%), im Tiefbau fiel der Rückgang mäßig aus.

Die Produktionsdaten stimmen mit den Ergebnissen des WIFO-Konjunkturtests für die Bauwirtschaft überein. Auch die Arbeitsmarktdaten bestätigen die Abwärtstendenz der Bauwirtschaft: Arbeitskräfte werden abgebaut, die Arbeitslosigkeit steigt in diesem Sektor.

EXPORTE BIS APRIL NOCH DYNAMISCH

Im Einklang mit der Sachgüterproduktion verlor auch der Export im Laufe des II. Quartals an Dynamik. In den ersten vier Monaten wurden die Warenexporte noch um mehr als 10% gegenüber dem Vorjahr gesteigert; im Mai gingen sie jedoch laut Statistik Austria um 7,2% zurück.

Erwartungsgemäß günstig entwickelten sich heuer die Exporte in die erdölproduzierenden Länder (OPEC, frühere UdSSR). Die Exporte in die USA und nach Japan blieben überraschend stark, wobei Wechselkurseffekte eine wichtige Rolle spielen dürften.

ERFREULICHER BEGINN DER SOMMERSAISON IM TOURISMUS

In den Monaten Mai bis Juli 2001 stiegen die Tourismusumsätze nach vorläufigen Berechnungen im Vorjahresvergleich um 5,2%. In der Sommersaison dürfte das Umsatzwachstum eine ähnliche Dynamik wie in der abgelaufenen Wintersaison (+6%) erreichen. Da eine Konjunkturabschwächung den Tourismus gewöhnlich mit einer Verzögerung trifft, wird sich die aktuelle Dämpfung noch nicht auf die Sommerergebnisse auswirken. Die reale Wertschöpfung steigt damit im Tourismus (mehr als +3%) deutlich stärker als in der Gesamtwirtschaft.

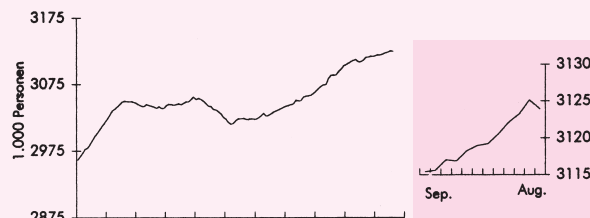
Die Nächtigungen von Niederländern, Italienern, Schweizern und Deutschen nahmen von Mai bis Juli gegenüber dem Vorjahr zu, jene der Gäste aus den USA, aus Großbritannien und Frankreich waren rückläufig.

Die günstige Entwicklung im Tourismus trug wesentlich zur Verbesserung der Leistungsbilanz bei. Der Leistungsbilanzsaldo wies laut Cash-Daten im 1. Halbjahr ein Defizit von 25 Mrd. S auf, um 10½ Mrd. S weniger als im Vorjahr. Die Verbesserung der Leistungsbilanz ist hauptsächlich auf einen höheren Überschuss in der Dienstleistungsbilanz zurückzuführen. Die Zahlungsaus-

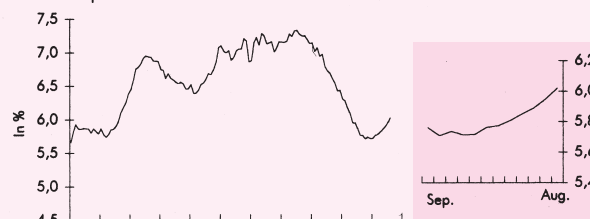
Wirtschaftspolitische Eckdaten

Saisonbereinigt

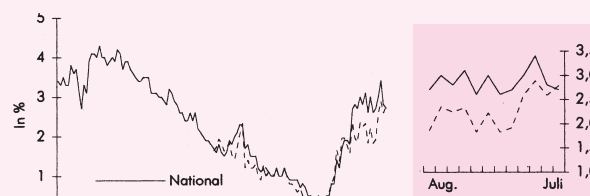
Unselbständig Beschäftigte



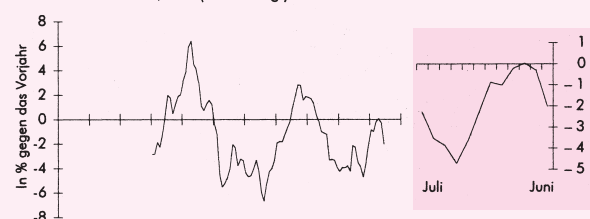
Arbeitslosenquote



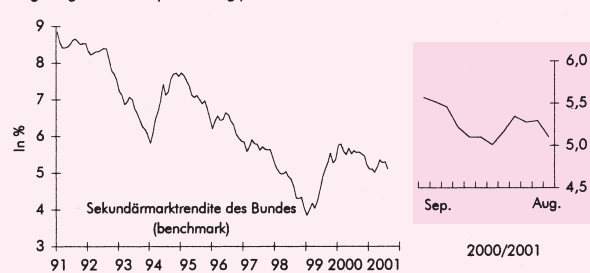
Inflationsrate



Effektiver Wechselkurs, real (unbereinigt)



Langfristiger Zinssatz (unbereinigt)



gänge für Warenimporte wuchsen ähnlich rasch wie die Warenexporte, das Defizit der Warenzahlungen hat sich damit wegen des größeren Gewichts der Importe etwas erhöht.

GEBREMSTE KAUFKRAFT DER KONSUMENTEN IM II. QUARTAL

Die Handelsumsätze entwickeln sich seit Jahresbeginn ungünstig. Dies geht vor allem auf den Großhandel zurück, der von der Abschwächung des Außenhandels und der Investitionen betroffen ist. Die realen Nettoumsätze

des Großhandels verfehlten das Vorjahresergebnis im 1. Halbjahr um 2%. Allerdings stieg die Beschäftigung im Handel, und die Arbeitslosigkeit ging zurück. Das deutet auf eine Unterschätzung der Umsätze hin.

Der Einzelhandel (ohne Kfz) setzte im 1. Halbjahr real um nur ¼% mehr um als im Vorjahr. Nach einem guten I. Quartal wurde im II. Quartal ein Rückgang beobachtet. Dies dürfte hauptsächlich statistisch bedingt sein; dafür spricht die Expansion der Beschäftigung.

Der private Konsum wird – angesichts der Abschwächung der Export- und Investitionsdynamik – zu einer immer wichtigeren Konjunkturstütze. Es bleibt fraglich, ob der Konsum angesichts der Einbußen an Nettoeinkommen tragfähig genug sein wird, um die bremsenden Einflüsse aus dem Ausland und der Bauwirtschaft zu kompensieren.

Die privaten Haushalte neigen dazu, bei unsicherer Wirtschaftslage ihre Ausgaben für nichtdauerhafte Konsumgüter wenig zu drosseln, ihre Investitionen in Wohnungen, Autos und andere dauerhafte Konsumgüter aber einzuschränken. Der Kfz-Handel verzeichnete deshalb im 1. Halbjahr einen schwachen Geschäftsgang: Die Pkw-Neuzulassungen nahmen um rund 4½% ab, die Lkw-Neuzulassungen in ähnlichem Ausmaß. Die realen Nettoumsätze des Kfz-Handels blieben im 1. Halbjahr um fast 3% unter dem Vorjahresergebnis.

INFLATIONSRATE GEHT ZURÜCK

Der Preisauftrieb lässt mit dem Wegfall des Effekts der Steueranhebungen im Vorjahr, der Stabilisierung der Rohölpreise und der Konjunkturabschwächung allmählich nach. Ein zügigerer Rückgang der Inflationsrate wird vor allem durch die Auswirkungen der BSE-Krise auf die Fleischpreise verhindert.

Die Inflationsrate verringert sich allmählich. Im Juli betrug sie 2,7% (ohne Saisonwaren 2,6%). Überdurchschnittlich war der Vorjahresabstand für die Preise von Fleisch (BSE-Krise), Gesundheitsdienstleistungen, Alkoholika und Tabak.

Die Energiepreise lagen im Juli etwa auf dem Vorjahresniveau (+0,4%). Benzin war deutlich billiger, Gas und Heizöl teurer. Der indirekte Erdölpreiseffekt hält noch an: Die Unternehmen versuchen, den Anstieg der Kosten von Vorleistungen zu überwälzen. Vor allem die Preise von Industriewaren, Transportleistungen (Flug- und Busreisen) sowie Baumaterial sind davon betroffen.

Die relativ hohe Inflationsrate schlägt sich gemeinsam mit der Erhöhung direkter Steuern (per 1. Jänner 2001) in Einbußen an Nettoeinkommen nieder. Der Anstieg der Tariflöhne blieb im 1. Halbjahr um rund

¼ Prozentpunkt hinter der Inflationsrate zurück. Zusätzlich bewirkten die höheren Steuerzahlungen, dass die Nettoeinkommen um fast 1 Prozentpunkt hinter die Entwicklung der Bruttoeinkommen zurückfielen. Die Konsumenten gleichen diese ungünstige Einkommensentwicklung jedoch großteils durch eine Verringerung der Sparquote aus.

MERKLICHER ANSTIEG DER ARBEITSLOSIGKEIT

Die Arbeitsmarktlage zeigt bereits merkbare Auswirkungen der Konjunkturertrübung. Der Beschäftigungsanstieg hat sich verlangsamt, und die Arbeitslosigkeit übersteigt seit Mai das Vorjahresniveau.

Das Beschäftigungswachstum wird zunehmend schwächer. Im August lag die Zahl der Arbeitsplätze um nur noch 11.700 (+0,4%) über dem Vorjahresniveau. Die Beschäftigung von Männern geht deutlich zurück – darin schlägt sich vor allem der Abbau von Arbeitskräften in der Bauwirtschaft nieder. Die Zahl der beschäftigten Frauen steigt weiter, vermutlich jedoch vorwiegend in Teilzeitarbeitsbereichen. Saisonbereinigt stagniert die Beschäftigung.

Besonders ausgeprägt ist der Arbeitskräfteabbau in der Bauwirtschaft, im Verkehrssektor und im öffentlichen Dienst. Der private Dienstleistungssektor benötigt weiterhin zusätzliche Arbeitskräfte. Der Sachgüterbereich weist noch einen leicht positiven Vorjahresabstand auf, dieser verflacht jedoch seit Jahresbeginn.

In der Entwicklung der Arbeitslosigkeit war im Mai eine Trendwende zu verzeichnen, seither steigt die Arbeitslosigkeit. Ende August waren 171.300 Arbeitslose vorgezählt, um 15.300 mehr als ein Jahr zuvor. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote erreichte bereits die 6%-Marke (laut Eurostat 3,9%).

Die Arbeitslosigkeit hat sich heuer von der Entwicklung der Beschäftigung teilweise abgekoppelt. Sie steigt stärker, als die Beschäftigungsentwicklung erwarten ließe, und nimmt besonders deutlich in der Bauwirtschaft zu (+3.400 im August). Dies geht mit dem Einbruch der Baukonjunktur konform. Im Tourismus erhöht sich die Arbeitslosigkeit trotz steigender Nächtigungs- und Beschäftigungszahlen (August +1.900); das könnte mit dem reichlichen Angebot an ausländischen Saisoniers zusammenhängen. Dafür spricht auch, dass ein Drittel des Anstiegs der Arbeitslosigkeit auf Ausländer entfällt.

Der Einfluss der Konjunkturdämpfung zeigt sich auch in der Entwicklung des Stellenangebotes: Die Zahl der offenen Stellen liegt seit der Jahreswende unter dem Vorjahresniveau, im August um 7.700 (-20%).

Abgeschlossen am 10. September 2001.

GERNOT HUTSCHENREITER
KARL AIGINGER

■ STEUERLICHE ANREIZE FÜR FORSCHUNG UND ENTWICKLUNG

INTERNATIONALER VERGLEICH UND REFORM- VORSCHLÄGE FÜR ÖSTERREICH

Um die Ausgaben für Forschung und Entwicklung in Österreich bis zum Jahr 2005 auf 2,5% des BIP zu steigern, bedarf es zusätzlicher Anstrengungen aller Beteiligten. Die Studie analysiert die Vor- und Nachteile steuerlicher Anreize für F&E, deren Rolle im Fördersystem und deren Effektivität, gibt einen Überblick über die internationale Praxis in den OECD-Ländern und präsentiert internationale Best-Practice-Beispiele aus den Niederlanden und Großbritannien.

Im Anschluss daran wird die empirische Evidenz hinsichtlich des Umfangs sowie der effektiven Wirkung des Forschungsfreibetrags erörtert, Schwachstellen des gegenwärtigen Instrumentariums werden aufgezeigt. Auf Basis theoretischer Überlegungen, internationaler Erfahrungen und der empirischen Evidenz werden Vorschläge zur Reform des Systems steuerlicher Anreize für F&E in Österreich erarbeitet.

- *Ziele der Bundesregierung und bisherige steuerliche Anreize für Forschung und Entwicklung*
- *Die Wirkung steuerlicher Anreize für Forschung und Entwicklung*
Vor- und Nachteile steuerlicher F&E-Förderungen – Die Rolle steuerlicher Anreize für F&E im Förderungssystem – Die Effektivität steuerlicher Anreize für F&E: Empirische Evidenz
- *Internationaler Einsatz von steuerlichen Anreizen für F&E*
Internationaler Überblick und Trends – Best Practices
- *Die steuerliche F&E-Förderung in Österreich*
Der Forschungsfreibetrag vor und nach der Steuerreform 2000 – Empirische Evidenz – Schwächen des gegenwärtigen Systems
- *Tariflöhne*
Entwicklung – Die Durchsetzung der Mindestlohnforderung Anfang der neunziger Jahre – Vergleich ausgewählter Tariflöhne und Tarifgehälter – Die langfristige Entwicklung der Tariflöhne im Gewerbe
- *Reformvorschläge*

Im Auftrag des Rates für Forschung
und Technologieentwicklung •
2001 • 30 Seiten • ATS 400,00
bzw. EUR 29,07